

Dresdner Volkszeitung

Hilfsredaktion: Dresden
Roden & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Verleger: Ed. Schott, Dresden.
Postfach 1111, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch aber ohne Verlust der Zeitungen, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung der bezahlten Beträge oder auf Nachlieferung der Zeitungen.

Druck und Vertrieb durch die
Verlagsanstalt "Dresdner Volkszeitung"

Schriftleitung: Wettersberg 10, Auenberg Nr. 100, Dresden
Telefon 10111

Abonnementspreis: ...

Nr. 235 Dresden, Donnerstag, den 8. Oktober 1931 42. Jahrgang

Brünning am Ende?

Die Volkspartei schwenkt zur „nationalen Opposition“ ab!

Im Augenblick ist die Regierung noch gar nicht gebildet, sind nicht einmal die Vorbesprechungen des Kabinetts mit den als Minister in Aussicht genommenen Persönlichkeiten beendet. Außer dem früheren preussischen Finanzminister Professor Dr. Warndorff hatte bis zum Abend keiner der Ministerkandidaten dem Reichspräsidenten eine bindende Zusage zur Mitarbeit erteilt. Der Generaldirektor der D. S. G. Dr. Schmitt, der als Verkehrsminister aussersehen ist, wird wahrscheinlich überhaupt abgelehnt. Auch der frühere Reichswehrminister Gehler, der als Innenminister in Frage kommt, scheint zu der Übernahme dieses Amtes unter den gegebenen Umständen wenig Neigung zu haben. Es ist also noch alles in Fluss. Und trotzdem ist die Volkspartei dem Reichspräsidenten bereits in den Rücken gefallen, noch ehe er ernsthaft daran konnte, den Auftrag des Reichspräsidenten durchzuführen. Die Nationalliberale Korrespondenz bringt folgende parteiamtliche Erklärung:

auf Herrn Dingeldey persönlich zurückgeht, daß eine neue Regierung Brüning im Reichstag ebenso wenig eine Mehrheit hat, wie die erste Regierung Brüning ohne Curtius eine Mehrheit gehabt hätte. Nun haben wir Erklärungen und Beschlüsse der Volkspartei bisher im allgemeinen nicht hundertprozentig genommen. In entscheidenden Situationen haben die maßgebenden Faktoren der Volkspartei wiederholt ihre Beschlüsse von heute auf morgen revidiert. Aber werden Dingeldey und seine Einseitiger auch diesmal zurück können? Werden sie sich eines anderen besinnen, sobald die Auflösung des Reichstages in unmittelbare Nähe gerückt ist und sie Gefahr laufen, von den Nationalsozialisten völlig aufgegeben zu werden? Uns scheint, daß sie diesmal — selbst wenn sie wollten — nicht zurück können. Sie sind bereits zu sehr Sklaven von Hitler und Eugenberger.

Volksparteier Dingeldey ihm am Tage zuvor eine Abgabe erteilt hat. Das gleiche nehmen wir von dem Reichspräsidenten an. Wir schließen daraus, daß beide das Feld nicht kampflos räumen wollen.

Kein Zweifel, daß die Dinge auf dem Messer der Schwere stehen. Die Flucht der Volkspartei in das Lager der ausgesprochenen Sozialreaktion hat uns der seit langem drohenden Schlacht um die Entscheidung, ob Deutschland eine soziale Republik bleiben oder unter den Einfluß von Dilettanten aller reaktionären Schattierungen gelangen soll, um ein großes Stück näher gebracht. Schon steht die „nationale Opposition“ unter der Führung Hitlers und Eugenbergs im Begriff, sich zu organisieren, um ihre Schlagkraft zu verbessern und ein Regime der Reaktion, ähnlich dem Faschismus in Italien, mit all seinen Gewalttaten aufzurichten. Ihr Kampftrupp richtet sich in erster Linie gegen die großen Gewerkschaften aller Richtungen als den Vorankämpfern und Trägern der deutschen Sozialpolitik. Die Konsequenz daraus muß die Schaffung eines Blocks aller freiheitlich und sozial gekanteten Werktätigen sein, der entschlossen ist, dem Volk der schlimmsten und brutalsten Reaktion das Feld nicht kampflos preiszugeben.

Der Kabinettsrat des Reichstags ist für Montag nachmittag 5 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Geschäftsliste des Reichstags.

Debatte gerätet. Der Antifaschist Debus, der am vergangenen Sonntag mit einem Flugzeug über Rom erschien und antifaschistische Flugblätter abwarf, mußte auf dem Rückflug vor Korsika auf dem Wasser niederfallen. Debus rettete sich schwimmend an Land.

Labyrinth von Bestimmungen

Anklar und unzugänglich

In dem größten Teil unserer Auflage brachten wir bereits gestern einen Auszug aus der neuen Notverordnung. Bei der großen Fülle der Bestimmungen ist es nicht möglich, ein vollständiges Bild von der Bedeutung und den Wirkungen der Verordnung zu geben. Durch die Notverordnung werden, wie an anderer Stelle näher dargelegt wird, einige Härten bei der Arbeitslosenversicherung gemildert. Das ändert freilich nichts daran, daß doch im wesentlichen die Abstriche, die bei der Arbeitslosenversicherung durch die Notverordnung im Juli gemacht wurden, bestehen bleiben. Nummerhin muß aber anerkannt werden, daß der Druck, den unsere Fraktion auf die Regierung ausübte, nicht ganz erfolglos blieb. Bei der ungeheuren finanziellen Not der Versicherungsträger und des Reichs ist es außerordentlich schwer, auch nur die kleinsten Zugeständnisse durchzusetzen. Dem Sozialdemokratischen Pressedienst entnehmen wir über den Inhalt der Notverordnung noch folgendes:

in Zukunft zugute kommen wird, ferner für die Behandlung der Jugendlichen. Dem steht aber die bereits früher angeordnete Verfürzung der Unterhaltungsdauer gegenüber, ferner die Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung. Wir vermüssen auch die Regelung der kostenlosen Versorgung der Arbeitslosen mit Kartoffeln, Kohlen usw. Die dahingehenden von der Sozialdemokratie gemachten Vorschläge wären ohne namhafte finanzielle Aufwendungen möglich gewesen. Man hätte durch eine solche Lösung dem kommenden Winter viel von seinen Schrecken genommen. Die Regierung ist dieser Lösung ausgewichen. Dagegen trifft die neue Notverordnung u. a. Subventionsmaßnahmen im Interesse der großagrarischen Kartoffelbauer. Selbst wenn man unberücksichtigt läßt, daß durch die Verwendung von Kartoffelmehl zu Viehwaren, durch erleichterte Absatz- und Finanzierungsbedingungen von Kartoffelböden, durch erhöhte Fuselproduktion und gesteigerte Fuselpreise, die man an die großagrarischen Fuselbrenner zahlte, das Problem der „Kartoffelüberproduktion“ zu lösen ist, wird man die Einstellung der Regierung nicht verstehen können. Hier hat nicht staatsmännische Ueberlegung und staatsmännische Voraussicht entschieden, sondern nackte Interessentenpolitik, der Zwang, dieser Politik Rechnung zu tragen.

Technisches gilt für die Regelung der Hauszinssteuerprobleme. Die Regierung hat sich für eine Ermäßigung der Hauszinssteuer um 20 Prozent entschieden, nachdem von der einen Seite 20 Prozent gefordert wurden und sich die andere Seite bereit erklärte, sich mit einer Ermäßigung von 15 Prozent abzufinden. Man hat also gewissermaßen geteilt. Daß man dabei dem Hausbesitz in sehr weitem Maße entgegengekommen ist, geben auch Kreise zu, die dem Hausbesitz nahesteht. Nummerhin erhält der Hausbesitz so, da 15 Prozent der Hauszinssteuer für die Abgeltung der höheren Aufwertungsansätze ufm. vollaus genügen, ein Geschenk von 80 bis 80 Millionen Mark. Der Hausbesitz verlangte eine völlige Befreiung der Hauszinssteuer. Dazu hat sich das Kabinett nicht entschließen können, weil die Befreiung der Hauszinssteuer eine empfindliche Erhöhung der Umsatzsteuer nötig gemacht hätte. Damit würde aber die Regierung gewissermaßen die letzte, schnell wirkende Steuererferbe aus der Hand gegeben haben. Wir wissen, daß sich die Steuereingänge im September beim Reich äußerst ungünstig entwickelt haben, daß der Hoover-Nachschuß von den sinkenden Steuereinnahmen im laufenden Steuerjahr wahrscheinlich völlig aufgezehrt werden wird. Damit fiel das Projekt, den Hausbesitzer durch die Hauszinssteuer ein Miesgeschick zu machen, in sich zusammen. Aber man hat ihnen doch mit der Prozentigen Verfürzung ein feines Pfälzchen auf die Wunde gelegt. Von einer Rietenpreiserhöhung ist in der Notverordnung nicht die Rede. Mit 80 bis 80 Millionen Mark, die man durch eine nur 15prozentige Herabsetzung der Hauszinssteuer hätte sparen können, kann man schließlich keine allgemeine Senkung der Rieten durchführen. Aber die Summe hätte vollständig ausgereicht, um wenigstens bei den Reubaumieten eine Entlastung herbeizuführen.

Brotpreiserhöhung in Berlin

D. Berlin, 8. Oktober. (Eig. Funkpruch.) Der Zweifelhafte der Bäckereimeister Groß-Berlins hat beschlossen, den Preis für ein 1250-Gramm-Brot mit Weizung vom Donnerstag, dem 8. Oktober, um von 48 auf 50 Pf. zu erhöhen. Der Kommissar bemerkt dazu: Für das Vorgehen der Berliner Bäckerei gibt es nicht die geringste Entschuldigung. Ihr Verstand muß rückgängig gemacht werden. Das arbeitende Volk muß sich den Wucher nicht gefallen lassen. Wenn aber die Bäckerei zur Milderung ihres Beschlusses zu bewegen sind, dann hat die Regierung endlich auf dem Koggen- und Weizmarkt eingegriffen, d. h. durch die Vermehrung des Angebots oder durch Herabsetzung der Zölle die Preise zu senken.